

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Thomas Gambke, Kerstin Andreae, Dr. Gerhard Schick, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/1125 –**

Steuergestaltung über Lizenz- bzw. Patentboxen

Vorbemerkung der Fragesteller

Im Rahmen des Aktionsplanes der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu Gewinnverkürzungen und Gewinnverlagerungen (BEPS = Base Erosion an Profit Shifting) sollen sich die Mitgliedstaaten bis Ende des Jahres 2015 auf gemeinsame Regelungen gegen Steuergestaltung von multinationalen Unternehmen einigen. Auch auf EU-Ebene (EU = Europäische Union) wurden mehrere Vorschläge gemacht, wie aggressive Steuerplanung eingedämmt werden kann. Ein zentraler Bereich der Steuergestaltung liegt bei immateriellen Wirtschaftsgütern, wie Lizenzen. Bei einer sogenannten Lizenz- bzw. Patentbox werden Lizenzeinkünfte besonders niedrig besteuert, entweder im Rahmen der Bemessungsgrundlage oder des Steuertarifs. Durch diese Regelungen kommt es zu Wettbewerbsverzerrungen. Der Druck auf die Unternehmen, diese Regelungen aus Konkurrenzgründen zu nutzen, steigt ebenso, wie der Druck auf die Staaten, ähnliche Regelungen einzuführen. Trotz aller Bekenntnisse der OECD-Staats- und Regierungschefs, Steuergestaltung multinationaler Unternehmen jetzt endlich wirksam den Riegel verschieben zu wollen, haben zahlreiche Staaten eine Lizenzbox. Großbritannien führte seine „Patent Box“ sogar erst im Frühjahr 2013 ein; Einkünfte aus Lizenzen werden hier mit nur 10 Prozent versteuert.

CDU, CSU und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, sicherstellen zu wollen, dass der steuerliche Abzug von Lizenzaufwendungen mit einer angemessenen Besteuerung der Lizenzerträge im Empfängerland korrespondiert. Im Vorgriff auf diese internationale Regelung würden sie in Deutschland erforderlichenfalls gesetzgeberisch voranschreiten.

1. Welche Staaten weltweit haben nach Kenntnis der Bundesregierung Vorzugsbesteuerungsregelungen für Lizenz Einkünfte (Lizenz- bzw. Patentbox), wie hoch sind jeweils die Steuersätze und wie hoch der reguläre Steuersatz, wie ist die jeweilige Ausgestaltung, und in welchem Jahr wurden die Lizenzboxen jeweils eingeführt?

Nach den Erkenntnissen der Bundesregierung haben folgende Länder eine Patentbox eingeführt:

Staat	Effektiver Steuersatz auf Lizenz einkünfte (in Prozent)	Regulärer Steuersatz (in Prozent)	Jahr der Einführung
Belgien	6,8	34	2007
Frankreich	15	33,33	2000
Liechtenstein	2,5	12,5	2011
Luxemburg	5,72	29,63	2007
Malta	0	35	2007
Niederlande	5	25	2007
Portugal	11,5	23	2014
Schweiz, Kanton Nidwalden	8,8	20,60	2011
Spanien	10	30	2008
Ungarn	9,5	19	2003
Vereinigtes Königreich	10	24 (ab 2012: 22)	2012
Zypern	0	10	2012

Die Ausgestaltung der einzelnen Vorzugsbesteuerungsregelungen für Lizenz einkünfte ist uneinheitlich. Unterschiede zeigen sich insbesondere in Hinblick auf den Umfang der qualifizierten Lizenz einkünfte (selbstgeschaffene oder erworbene Patente, Know-How, Warenzeichen, Marken etc., wie auch Wirtschaftsgüter, die auf der Grundlage von Patenten/Know-How hergestellt worden sind), auf die Einbeziehung von Betriebsausgaben und von historischen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen.

2. Welche Länder planen nach Kenntnis der Bundesregierung die Einführung einer Lizenzbox, welche Staaten haben eine Lizenzbox wieder abgeschafft, und wann?

Nach Presseberichten plant die Schweizer Eidgenossenschaft für die Bundessteuer die Einführung einer Patentbox, sobald die OECD im Rahmen des BEPS-Projekts über die Aktivitätsanforderungen für Vorzugsbesteuerungsregelungen, insbesondere in Hinblick auf Lizenz einkünfte, entschieden hat.

Die irische Patentboxregelung wurden im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise und den finanziellen Unterstützungsmaßnahmen Irlands durch die Europäische Union im Jahr 2011 aufgehoben.

3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Steuerschädlichkeit von Lizenzboxen, und stellen diese eine Maßnahme des unfairen Steuerwettbewerbs dar?

Die Bundesregierung sieht Patentboxen kritisch. Es bestehen Bedenken, dass es durch die steigende Zahl an Patentboxregelungen zunehmend zu einem volkswirtschaftlich schädlichen Steuerwettbewerb kommt, der das Besteuerungsniveau insbesondere für international operierende Unternehmen absenkt.

4. Welche Gegenmaßnahmen stehen Deutschland zur Verfügung, um den Abfluss von Steuersubstrat durch Lizenzboxen in anderen Staaten zu verhindern (bitte nach EU/Europäischer Wirtschaftsraum – EWR – und EU-Ausland differenzieren)?

Deutschland setzt hierbei insbesondere auf ein international abgestimmtes Vorgehen. Es unterstützt daher aktiv die OECD-BEPS-Initiative um internationaler Steuervermeidung entgegen zu wirken.

Steuertechnisch käme als Gegenmaßnahme neben bereits bestehenden Maßnahmen (z. B. Entstrickungsregelungen, Hinzurechnungsbesteuerung unter anderem auch die Versagung des Betriebsausgabenabzugs oder z. B. ein Quellensteuerabzug für Lizenzzahlungen in das niedrig besteuerte Ausland in Betracht. Bei der Einführung solcher Regelungen sind jedoch die Vorgaben des primären und des sekundären EU-Rechts zu beachten bzw. außerhalb der EU die Vorgaben der jeweiligen DBA.

5. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahlungen von Lizenz- und Patentgebühren für die gesamte deutsche Volkswirtschaft ins Ausland, wie hoch sind die entsprechenden Zahlungsströme vom Ausland nach Deutschland, und wie haben sich diese beiden Zahlungsströme in den letzten 15 Jahren entwickelt?

Zu dieser Frage liegen dem Bundesministerium der Finanzen lediglich die Angaben vor, die Unternehmen an die Bundesbank zu melden verpflichtet sind, die aber nicht mit dem steuerlichen Lizenzzahlungen in den Doppelbesteuerungsabkommen oder der Zins- und Lizenzrichtlinie übereinstimmen müssen. Eine Übersicht über die Entwicklung der Lizenzausgaben und -einnahmen für die Jahre ab 2001 ist in der beigefügten Anlage 1 enthalten.

6. In welchem Ausmaß nutzen deutsche Unternehmen nach Kenntnis der Bundesregierung Lizenzboxen in anderen Staaten (bitte nach Staaten aufschlüsseln)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

7. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Steuermindereinnahmen für den deutschen Fiskus durch die Inanspruchnahme von Lizenzboxen in anderen Staaten durch deutsche Unternehmen (bitte nach Staaten, mindestens aber nach EU/EWR und außereuropäische Staaten differenzieren)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

8. Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr, dass die Unternehmenssteuern in Deutschland in Zukunft erodieren durch Patentboxregelungen in anderen Staaten, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

Die Bundesregierung sieht in Patentboxregelungen die Gefahr von Wettbewerbsverzerrung und eine Senkung des Besteuerungsniveaus einiger Unternehmen. Deshalb setzt sich die Bundesregierung in den Arbeitsgruppen der EU und der OECD dafür ein, dass insgesamt eine angemessene Besteuerung der Interessen gewährleistet wird.

9. Welche wissenschaftlichen Analysen sind der Bundesregierung bekannt, die sich mit dem Thema Lizenzbox beschäftigen?

Der Bundesregierung ist u. a. die Veröffentlichung folgender Studien bekannt:

- Lisa Evers, Helen Miller und Christoph Spengel: Intellectual property box regimes: effective tax rates and tax policy considerations, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Discussion Paper 13-070 (September 2013)
- Tom Karkinsky und Nadine Riedel: Corporate taxation and the choice of patent location within multinational firms, Oxford University Centre for Business Taxation, Working Paper 09/31 (November 2009)

Weitere Einzelheiten können dem in Anlage 2 angehängten Dokument entnommen werden, das eine Übersicht und Analyse der Europäischen Kommission enthält, die in der Arbeitsgruppe Verhaltenskodex am 18. März 2014 vorgestellt wurde.

10. Sieht die Bundesregierung eine besondere Problematik der Patentboxregelungen in der EU bzw. im EWR, auch in Bezug auf die EU-Zins- und Lizenzrichtlinie?

Die Bundesregierung sieht, dass in der EU bzw. im EWR-Raum die EU-Zins- und Lizenzrichtlinie insoweit zu beachten ist, als danach lediglich Quellensteuererhebungen bei einer Beteiligung von unter 25 Prozent möglich sind. Quellensteuererhebungen im Konzern können generell nicht vorgenommen werden.

11. Hat sich die gänzliche Freistellung von Quellensteuern im Rahmen der EU-Zins- und Lizenzrichtlinie nach Auffassung der Bundesregierung bewährt?

Die Quellensteuerbefreiung der Richtlinie gewährleistet grundsätzlich die Vermeidung einer Doppelbesteuerung. Erfolgt keine oder nur eine unzureichende Besteuerung von Lizenzzahlungen, wird dieses ursprüngliche Ziel der Richtlinie aber nicht erreicht.

12. Inwiefern setzt sich die Bundesregierung für eine Überarbeitung der EU-Zins- und Lizenzrichtlinie ein?

Die Bundesregierung setzt sich seit Langem für eine Überarbeitung der Zins- und Lizenzrichtlinie mit dem Ziel ein, dass die Quellensteuerbefreiung von einer Mindestbesteuerung der Lizenz Einkünfte im Ausland abhängig zu machen sei. Aufgrund des Einstimmigkeitserfordernisses im Bereich der direkten Steuern konnte jedoch bislang keine Einigung mit einem Ergebnis im Sinne der Bundesregierung erzielt werden.

13. Hielte die Bundesregierung einen Übergang auf ein Anrechnungsverfahren, indem die Quellensteuern im anderen EU-Land angerechnet werden müssen, für prinzipiell geeignet, um eine Mindestbesteuerung zu gewährleisten?

Prinzipiell könnte der Übergang zu einer Quellenbesteuerungsberechtigung mit Anrechnungsverfahren eine Möglichkeit sein, um eine Mindestbesteuerung zu gewährleisten. In Erwägung zu ziehen wäre die Ermöglichung einer Quellenbesteuerung durch den Staat, aus dem entsprechende Zahlungen abfließen (mit Anrechnung im Empfängerstaat) in Fällen, in denen der Empfängerstaat die Vergütung nicht oder nur in geringem Umfang besteuert. Dem steht in der EU/EWR jedoch derzeit die Zins- und Lizenzrichtlinie wie auch das Einstimmigkeitsanfordernis entgegen.

14. Hält die Bundesregierung eine Änderung der Zins- und Lizenzrichtlinie, die eine Mindestbesteuerung im Empfängerstaat zur Voraussetzung einer Quellensteuerbefreiung im Quellenstaat vorsieht, für sinnvoll?

Ja, es wird aber auf die Antwort zu den Fragen 12 und 13 verwiesen.

15. Inwiefern verstößt eine Lizenzbox nach Auffassung der Bundesregierung gegen EU-Beihilferecht?

Nach Kenntnis der Bundesregierung werden die Patentboxregelungen in der EU von der Generaldirektion „Wettbewerb“ überprüft. Die Ergebnisse dieser Arbeiten sind abzuwarten.

16. Verstoßen Irland, Luxemburg, Belgien und die Niederlande nach Einschätzung der Bundesregierung wegen den von ihnen angebotenen Steuer-gestaltungsmodellen möglicherweise gegen EU-Wettbewerbsrecht, und bis wann rechnet die Bundesregierung mit ersten Ergebnissen der vom Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia diesbezüglich eingesetzten Taskforce?

Es wird auf die Antwort zu Frage 15 verwiesen. Über den voraussichtlichen Abschluss der Arbeiten hat die Bundesregierung keine Kenntnis.

17. Welche Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen Jahren zur Anwendung der Zins- und Lizenzgebührenrichtlinie ergangen?

EuGH-Urteile und deren Inhalte werden auf den Internetseiten des Europäischen Gerichtshofs unter <http://curia.europa.eu> und der Europäischen Kommission unter <http://eurlex.europa.eu> veröffentlicht. Soweit ersichtlich, ist in den letzten Jahren lediglich ein EuGH-Urteil zur Richtlinie 2003/49/EG des Rates vom 3. Juni 2003 über eine gemeinsame Steuerregelung für Zahlungen von Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen verschiedener Mitgliedstaaten (Zins- und Lizenzrichtlinie) ergangen: Urteil vom 21. Juli 2011 in der Rechtssache C-397/09 „Scheuten Solar Technology“, ECLI:EU:C:2011:499.

18. Aus welchen Gründen hat die Gruppe Verhaltenskodex der EU im Jahr 2008 beschlossen, die neuen Patentboxregelungen von Belgien, Luxemburg und den Niederlanden keiner formalen Prüfung zu unterziehen, und hat die Bundesregierung diesen Entschluss befürwortet?

Die Bundesregierung hat sich im Jahr 2008 in der Gruppe Verhaltenskodex dafür eingesetzt, die Patentboxregelungen von Belgien, Luxemburg und den Niederlanden einer formalen Prüfung zu unterziehen. Diese Forderung fand keine Mehrheit.

19. Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung zu den Ergebnissen vor, zu denen die Europäische Kommission bei der Prüfung der Patentboxregelungen von Großbritannien und Zypern sowie der Erweiterung der Patentboxregelungen von Belgien gekommen ist, die auf der letzten Arbeitsgruppensitzung der Gruppe Verhaltenskodex im Oktober 2013 beschlossen wurde, hat die Gruppe Verhaltenskodex entschieden, ob eine förmliche Überprüfung vorgenommen werden soll, wenn ja, zu welchem Ergebnis ist sie dabei gekommen, wenn nein, warum nicht, und hat die Bundesregierung die Entscheidung befürwortet, von einer Überprüfung abzusehen?

Die Gruppe Verhaltenskodex hat beschlossen, sämtliche Patentboxregelungen von EU-Mitgliedstaaten einer Prüfung zu unterziehen. Dies wurde auch vom ECOFIN in seiner Sitzung am 10. Dezember 2013 nochmals ausdrücklich gefordert:

„Hinsichtlich des Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung) fordert der Rat die Gruppe auf, mit Blick auf die Gewährleistung des Grundsatzes der Gleichbehandlung bis Ende 2014 alle in der EU existierenden ‚Patent box‘-Regelungen (Steuerermäßigungen auf Patenteinnahmen) – einschließlich derjenigen, bei denen bereits eine Bewertung oder Prüfung erfolgt ist – auch vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklungen, unter anderem der BEPS-Initiative der OECD (BEPS – Aushöhlung der Bemessungsgrundlage und Gewinnverlagerung), zu bewerten bzw. zu prüfen“.

20. Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass Lizenzboxen sowohl im EU-Verhaltenskodex als auch in der Arbeitsgruppe des OECD-BEPS-Projektes „Harmful Tax Competition“ explizit als steuerschädlich definiert werden?

Die Bundesregierung hat sich in beiden Gruppen dafür eingesetzt, dass Patentboxen explizit als steuerschädlich eingestuft werden.

21. Für wie aussichtsreich hält es die Bundesregierung, dass Staaten, die eine Lizenzbox haben, diese als Ergebnis des BEPS-Projektes der OECD aufgeben müssen, und wie schätzt die Bundesregierung die Chancen hierfür auf EU-Ebene ein?

Es wird auf die Antwort zu Frage 20 verwiesen.

22. Ist ein Mitgliedstaat der OECD verpflichtet, seine steuerlichen Regelungen zu streichen bzw. zu ändern, die die OECD-Gruppe für steuerschädliche Praktiken als steuerschädlich qualifiziert hat, und wie verhält sich dies für die Regelungen der EU-Gruppe Verhaltenskodex?

Ja. Nach den Regelungen beider Gruppen ist ein OECD- bzw. EU-Mitgliedstaat verpflichtet, seine steuerlichen Regelungen zu ändern bzw. aufzugeben, wenn diese in den Gruppen als steuerschädlich qualifiziert wurden. Es handelt sich hier jedoch nicht um eine rechtlich verbindliche Verpflichtung, die eingeklagt werden kann, sondern um eine grundsätzliche politische Selbstbindung der Regierungen der beteiligten Mitgliedstaaten.

23. Welche Praktiken sind bisher von der OECD bzw. von der EU als steuerschädlich qualifiziert (bitte separat auflisten)?

Seit Bestehen der beiden Gruppen (1998) sind mehr als 60 steuerliche Regelungen als schädlich qualifiziert worden, die von den betreffenden Staaten oder Gebieten entweder aufgegeben oder geändert wurden. Die jeweiligen Entwicklungen in der OECD sind aus den OECD-Berichten: Harmful Tax Practices 2001, 2002, 2003 und 2004 zu ersehen. Eine Auflistung von steuerlichen Regelungen, die von der EU-Arbeitsgruppe Verhaltenskodex als schädlich bewertet wurden, finden Sie in Anlage 3.

24. Welche nationalen Maßnahmen gegen Patentboxen zieht die Bundesregierung in Betracht, wenn es auf internationaler Ebene keine Einigung über die Patentboxregelungen geben sollte?

Die Bundesregierung wartet zunächst den Abschluss der Erörterungen auf internationaler Ebene ab.

25. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass der steuerliche Abzug von Lizenzaufwendungen mit einer angemessenen Besteuerung der Lizenzträge im Empfängerland korrespondiert, und welche gesetzgeberische Regelung plant die Bundesregierung hierzu?

Es wird auf die Antwort zu Frage 24 verwiesen.

26. Sieht die Bundesregierung in den gewerbsteuerlichen Hinzurechnungen von Lizenzgebühren eine Möglichkeit, unilateral, und vor dem Hintergrund der EuGH-Rechtsprechung zu den Hinzurechnungen auch ohne gegen die Zins- und Lizenzgebührenrichtlinie zu verstoßen, eine Mindestbesteuerung von Lizenzgebühren in Deutschland sicherzustellen?

Die Bundesregierung sieht in der gewerbsteuerlichen Hinzurechnung der Aufwendungen für die zeitlich befristete Überlassung von Rechten nach § 8 Nummer 1 Buchstabe f des Gewerbesteuergesetzes keinen Verstoß gegen die Zins- und Lizenzrichtlinie. Sie sieht sich hierbei in Übereinstimmung mit dem EuGH.

27. Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass Deutschland aus Wettbewerbsgründen zur Einführung einer Patentbox gezwungen wird, wenn es zu keiner kollektiven internationalen Ablehnung dieser Steuerregelungen kommt?

Die Arbeiten bei der OECD und insbesondere bei der Europäischen Kommission in Hinblick auf die Wettbewerbsfragen sollten zunächst abgewartet werden. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

28. Inwiefern war das Thema Patentbox Gegenstand der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum BEPS-Prozess, und zu welchen Ergebnissen ist sie gekommen, bzw. wann wird das Thema mit welchem Zeitplan besprochen?

Das Thema wurde in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe besprochen. Die weiteren Ergebnisse des BEPS-Projekts der OECD, insbesondere der Generaldirektion „Wettbewerb“, sind abzuwarten.

Entwicklung der Lizenzausgaben/-einnahmen sowie Nettozahlungen über Zeit (in Mio. Euro)

Anlage I

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Lizenzausgaben	5,025	4,665	3,761	3,794	5,922	6,417	7,145	6,860	5,923	6,627	6,267	6,022
Lizenzeinnahmen	3,309	3,698	3,601	3,880	5,326	5,088	5,657	5,520	6,071	7,202	8,653	8,493
Nettozahlungen	-1,715	-967	-160	86	-596	-1,328	-1,488	-1,340	148	575	2,386	2,471

Lizenzzahlungen auf Länderebenen:

Lizenzausgaben: Zahlungen in Deutschland ansässiger Unternehmen ins Ausland

Lizenzeinnahmen: Zahlungen aus dem Ausland an die in Deutschland ansässigen Unternehmen

Stichprobe:

Anzahl Länder: 173 (ca. 100 Länder mit tatsächlichen Zahlungen)

Zeitraum: 2001 bis 2012

Quelle: Deutsche Bundesbank

<p style="text-align: right;">Anlage 2 Analyse der Patentbox-Regelungen der Europäischen Kommission</p>
--

<p style="text-align: right;">ROOM DOCUMENT # 6 Code of Conduct Group (Business Taxation) 18 March 2014 ORIGIN: Commission</p>
--

Standstill – Patent Boxes
Tax incentives for research and development

Purpose of the paper

1. At the Code Group meeting on 27 January 2014 the Commission Services were asked to produce a paper, based on existing literature, about how best to encourage research and development ("R&D") using direct tax measures. This paper is being circulated in response to that request.
2. Note that whilst more than half of EU Member States offer tax incentives to encourage R&D, some do not.¹ Therefore although this paper considers the literature on tax incentives it is not intended to suggest that they are the only method that can ensure increased R&D.

Background

3. There is general agreement that encouraging R&D is a legitimate policy aim for governments as reflected in the Europe 2020 goal that 3% of the EU's GDP will be invested in R&D. Within the EU all R&D tax incentives implemented by Member States must conform to the fundamental Treaty freedoms and the principle of non-discrimination.
4. R&D tax incentives in Member States also need to be in line with the state aid rules. The Commission has adopted a Community Framework for state aid for R&D, under which it assesses state aid measures for R&D notified to it, including measures in the form of R&D tax incentives.
5. The objective of the Framework is to enhance economic efficiency through state aid and thereby contribute to sustainable growth and jobs. State aid for R&D will be compatible if it can be expected to lead to additional R&D and if the distortion of competition is not contrary to the common interest. The framework also ensures that it is easier for Member States to better target aid to relevant market failures.² Tax incentives for R&D must also comply with the Code of Conduct.
6. R&D incentives can either be direct or indirect. This paper does not consider direct forms of support such as grants, it only considers indirect methods of support provided through the corporate tax system. There are two common methods of providing R&D tax incentives. The first approach is based on expenditure whilst the second is based on income.

¹ Deloitte, *2013 Global Survey of R&D Tax Incentives* (March 2013).

² *Community Framework for State Aid for Research and Development and Innovation* (2006/C 323/01), paragraph 1.1.

Expenditure based regimes

7. These are commonly referred to as R&D tax credit regimes although other types of expenditure based incentives exist (such as accelerated depreciation allowances). They work by reducing a company's tax liability in proportion to the amount of expenditure it makes on R&D. They can either be incremental or volume-based. An incremental regime does not provide credit for expenditures below a certain level on the basis that such R&D would likely occur without any incentive. Volume-based regimes provide credit for all qualifying expenditures. Expenditure based regimes have existed for many years and are common within the EU and internationally.

Income based regimes

8. Income based regimes provide preferential tax treatment for royalty income through a reduced rate of tax or an exemption. They are usually referred to as patent boxes or intangible property ("IP") boxes. Such regimes have existed since the Code of Conduct Group began its work but have become much more common in recent years.

Effectiveness of R&D tax incentives

9. The growing trend in relying on R&D tax incentives is matched by an increasing generosity in the levels of support they provide.³ It is clearly in the interests of Member States' governments and their citizens if through their tax systems they can encourage increased R&D and related economic benefits including job creation. The increase in the number of IP boxes underlines this thinking given the revenue losses associated with their introduction.⁴

Research on R&D tax incentives*European Commission*

10. In 2005 the Commission established the CREST Working Group on the evaluation and design of R&D tax incentives whose report led to the publication of a Commission communication in 2006.⁵
11. In 2008 an expert group on the evaluation of R&D tax incentives was established to suggest ways of improving the evaluation of R&D tax incentives and to help improve the evaluation methods used by Member States. To do this the expert group reviewed recent evaluations, and wrote a series of discussion papers with an aim of identifying good practices.⁶ This was followed in 2009 by an expert group on the impact of R&D tax incentives. This group's report updated the advice of the previous groups in the light of

³ *R&D tax incentives: rationale, design, evaluation*, OECD (November 2010), p3; European Commission, Taxation Papers: Recent Reforms of Tax Systems in the EU: Good and Bad News, Working Paper no. 39 (2013), p19-20.

⁴ Rachel Griffith, Helen Miller and Martin O'Connell, *Corporate taxes and intellectual property: simulating the effect of Patent Boxes*, Institute of Fiscal Studies (Briefing Note 112, November 2010), p10-13.

⁵ *Evaluation and design of R&D tax incentives: report of the CREST expert group on fiscal measures*, European Commission, March 2006; *Towards a more effective use of tax incentives in favour of R&D*, European Commission, COM (2006) 278.

⁶ *Report of the Expert Group on R&D Tax Incentives: evaluation comparing practices in R&D tax incentives evaluation*, European Commission (October 2008).

recent developments and included a study of the effect of R&D incentives on the location of investments in R&D.⁷

12. All three reports looked only at R&D tax credits and said nothing about income based methods even though by the time of the 2009 report a number of IP boxes had been recently introduced.

OECD

13. The OECD produces a great deal of research on R&D in general and on tax incentives in particular. Like the European Commission's work it has been focussed on expenditure based methods. The OECD work supports the argument that tax credits do encourage additional R&D although questions remain about its broader impact and cost-benefit analyses.
14. In October 2013 the OECD published a report that grew out of a two-year project entitled *New Sources of Growth: Knowledge-based Capital*. The report aims to provide evidence of the economic value of knowledge-based capital ("KBC"), and to help meet the policy challenges it raises in various areas.⁸
15. The report's second chapter is devoted to tax and sets out a statistical model for assessing tax burdens and examining the influence of domestic and international tax policy on business decisions to undertake R&D and where to hold KBC (e.g. patents) resulting from R&D. The model takes account of R&D tax credits and allowances, domestic IP box regimes and common cross-border tax planning strategies. Although further research is called for, the report clearly makes an important contribution.⁹

Other bodies

16. Recent research has been published in both the UK and Germany on the impact of IP boxes. Responding to the active policy interest in such measures, researchers at the Institute of Fiscal Studies in the UK modelled the impact of the introduction of IP boxes during 2010.¹⁰ In 2013 additional economic analysis into policy considerations relevant for IP boxes was published by the Centre for European Economic Research ('CEER').¹¹

Expenditure based regimes – R&D tax credits

Policy rationale

17. Member States have introduced a variety of instruments to support R&D, such as direct grants or subsidies, tax incentives, guarantee mechanisms or support to risk capital. Their combination and intensity differs from one country to another, depending mainly on

⁷ *Expert Group on Impacts of R&D Tax Incentives: design and evaluation of tax incentives for business research and development – good practice and future developments*, European Commission (November 2009).

⁸ *Supporting investment in knowledge capital, growth and investment*, OECD (2013).

⁹ *Supporting investment in knowledge capital*, OECD, p128 & 145.

¹⁰ Rachel Griffith, Helen Miller and Martin O'Connell, *Corporate taxes and intellectual property: simulating the effect of Patent Boxes*, Institute of Fiscal Studies (Briefing Note 112, November 2010).

¹¹ Lisa Evers, Helen Miller and Christoph Spengel, *Intellectual property box regimes: effective tax rates and tax policy considerations*, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Discussion Paper 13-070 (September 2013).

policy objectives, the structure of the national economy and the strengths and weaknesses of existing R&D activities.¹²

18. Well-designed tax credits are widely accepted to have some value in encouraging R&D. Both economic theory and empirical analysis emphasise that R&D plays a key role in achieving productivity gains and economic growth. At the same time the returns are highly uncertain and the company undertaking the R&D does not capture all the benefits of the research. Some benefits go to other firms or to society in general (so-called "spill-over effects"). These spill-over effects mean that public intervention, such as targeted tax incentives, can be justified because unchecked they can lead to under investment in R&D by business. A tax system that effectively accounts for spill-overs could thereby contribute to economic growth and welfare. However, such spill-overs should be big enough to justify the cost of the departure from the usual tax treatment.
19. R&D activities often involve significant uncertainty and risk. This might be because it is not clear whether research will succeed or because of the frequently lengthy time lag between the investment in R&D and the commercialisation of a successful product. Tax credits address these problems directly by reducing the R&D costs at the time they are incurred thereby encouraging research activities without regard to their likely success.¹³

Growth in use

20. In 1996, 12 OECD countries offered such tax incentives; this figure rose to 18 in 2004, with most of the increase coming from European countries in the light of the EU objective to raise the level of investment in R&D.¹⁴ By 2013 this had risen to over 20, with 27 offering some form of expenditure based R&D tax incentive (including credits, allowances and accelerated depreciation).¹⁵

Design

21. The Commission working groups did not advise countries whether they should or should not introduce R&D tax incentives. This was regarded as a policy issue to be addressed by Member States taking into consideration different national circumstances.¹⁶ The group also expressed the opinion that there was not one best design for tax incentives, as what is appropriate depends on the policy objectives and other national circumstances.
22. The working group did however give general advice on the design of R&D tax incentives that countries were advised to take into consideration when tailoring incentives to a country's particular circumstances. For example, the working group concluded that if the objective of a tax incentive is to increase the overall level of R&D in the country, a

¹² *Annex to COM(2006) 278: Towards a more effective use of tax incentives in favour of R&D*, Commission Staff Working Paper, SEC(2006) 1514, p3-4.

¹³ For a summary of market failure and productivity arguments for tax relief for R&D see European Commission, *Impact Assessment accompanying the Communication from the Commission 'Horizon 2020 - The Framework Programme for Research and Innovation'*, Commission Staff Working Paper, SEC(2011) 1427; *Supporting investment in knowledge capital, growth and investment OECD* (2013), p132 and R. Griffith and H. Miller, 'Support for research and innovation', in R. Chote, C. Emmerson and J. Shaw (eds), *The IFS Green Budget: February 2010*, Commentary 112, Institute for Fiscal Studies (2010), p238-239.

¹⁴ *Annex to COM (2006) 278*, p4.

¹⁵ *Science, Technology and Industry Scoreboard 2013*, OECD (2013), p108; for an overview of R&D tax incentives in 11 territories see, Evers, Miller and Spengel, *Intellectual property box regimes*, table 4, p48-50.

¹⁶ *Expert Group on Impacts of R&D Tax Incentives* (2009), p14

volume-based tax incentive would be most appropriate whereas incremental schemes may be considered where the objective is to support firms with high R&D growth. A combination of volume and incremental tax incentives (hybrid schemes) could be considered where the objective is to maintain the level and reward high growth of R&D. However, incremental tax incentives have the drawback of being rather complex to monitor their incremental use.

23. In 2009 the expert group found that whilst countries seemed to have gradually moved away from complex hybrid schemes towards volume-based schemes, it believed that developments since 2006 did not indicate that there was a need to revise the earlier work on the design of tax incentives. It noted that recent reforms of tax incentives in several countries seemed in general to be in line with the advice given by the group, thereby indicating that the advice was sound.¹⁷

Effectiveness in encouraging R&D

24. The Commission Working Paper noted that the majority of studies concluded R&D tax incentives positively influence the total amount of R&D undertaken and that the additional R&D expenditure induced by fiscal incentives increases over time and, in the long term, more than compensates the amount of foregone tax revenues.¹⁸
25. However the widely held view that R&D tax credits have a positive impact is difficult to quantify statistically for a number of reasons, including the difficulty in collecting consistent data.¹⁹ However, an earlier attempt at evaluating their impact suggested that a 10% fall in the cost of R&D activities could cause a 1% rise in the level of R&D in the short term, with a long term increase of up to 10%.²⁰
26. The positive effect has also been quantified in more recent research. For example, the UK tax authority published an analysis of UK measures including a wide range of cost-benefit estimates, showing that up to £3 of R&D expenditure might be stimulated by £1 of tax foregone.²¹ Research based on work originally undertaken on behalf of the *Ministère de l'Enseignement supérieur et de la Recherche* in France found that R&D investment and capital increased by around 12% following changes to the tax credit rules in 2008.²²

Impact on location of R&D activities

27. The 2009 tax expert report noted that there were very few econometric studies on the impact of R&D tax incentives on the location of R&D, although there were many survey

¹⁷ *Expert Group on Impacts of R&D Tax Incentives* (2009), p14-18; the 2005 working group's advice on design is summarised on p15-16 of the 2009 report; for an overview of international R&D tax strategies see Cour des Comptes, *Le Financement Public de la Recherche, un enjeu national: rapport public thématique*, (June 2013), annex 2, p184-186.

¹⁸ *Annex to COM(2006) 278*, p4-5.

¹⁹ Dirk Czarnitzki and Otto Toivanen, *Innovation Policy and Economic Growth*, European Commission Economic Papers, no. 482 (April 2013), p10-13; *Expert Group on Impacts of R&D Tax Incentives* (2009), p24.

²⁰ Nick Bloom, Rachel Griffith and John Van Reenen, *Do R&D tax credits work? Evidence from a panel of countries, 1979-97*, Centre for Economic Policy Research, Discussion Paper no. 2145 (April 2000).

²¹ *Research Report 107: an evaluation of research and development tax credits*, HM Revenue and Customs, (November 2010).

²² Benoît Mulkay and Jacques Mairesse, *The R&D Tax Credit in France: assessment and ex-ante evaluation of the 2008 reform*, National Bureau of Economic Research (USA), Working Paper 19073 (May 2013).

based studies on the impact the general tax level had on the location of R&D. These studies suggested that when businesses decide where to locate R&D, taxation is usually not the most important factor.

28. Market conditions, quality of workforce, infrastructure, stability etc. are usually the dominant factors. If all other conditions were equal, the tax level could play a role as a determining factor but in Europe conditions vary substantially between countries. Studies have shown substantial tax differences can be maintained between regions because the benefits of locating in a particular region can be larger than the costs imposed by higher taxes.²³

Income based regimes – IP Boxes

Policy rationale

29. Some reasons for introducing IP boxes are similar to those that have driven the growth of R&D tax credit regimes. Instead of countering the risks of R&D by reducing its costs, IP boxes instead aim at increasing the benefits of undertaking R&D. However, there are some policy objectives which are only relevant to IP boxes.
30. Firstly, IP boxes provide firms with a fiscal incentive for commercialising and exploiting the results of R&D which has already been undertaken and this might require additional R&D.²⁴
31. Secondly, an IP box might also be introduced in response to the mobility of income from patents and other IP. Since multinational enterprises can transfer IP to lower tax territories taxing the income from such assets at a rate lower than the main corporation tax rate may discourage them from moving IP offshore and so indirectly encourage R&D.
32. Thirdly, the mobility of IP means that IP boxes can also be used to attract mobile income to a particular territory as part of a wider policy of promoting the territory as a holding company location, encouraging groups to base strategic management functions within it rather undertake higher levels of R&D.²⁵
33. Therefore some arguments for IP boxes are fundamentally similar to those in favour of expenditure based incentives because they may help promote R&D activities which are important for growth, competitiveness and job creation. To that extent, IP boxes can be seen as complementary to R&D tax credits as they focus on the output of R&D rather than the inputs and are usually designed to work together with expenditure based incentives.²⁶ However, IP boxes may also attract mobile income or management functions.

²³ *Expert Group on Impacts of R&D Tax Incentives* (2009), p13; *The International Experience with R&D Tax Incentives*, OECD, testimony to the United States Senate Committee on Finance, 20 September 2011, p10-11; *Supporting investment in knowledge capital*, OECD, p30; European Commission, *The 2012 EU Survey on Industrial R&D Investment Trends* (2012), p21-23.

²⁴ Evers, Miller and Spengel, *Intellectual property box regimes*, p3.

²⁵ Christof Ernst and Christoph Spengel, *Taxation, R&D tax incentives and patent application in Europe*, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Discussion Paper 11-024 (March 2011), p24-25.

²⁶ Evers, Miller and Spengel, *Intellectual property box regimes*, p17-18.

Growth in use

34. France and Hungary introduced IP boxes more than ten years ago with regimes being added in the Netherlands and Luxembourg in 2007. Since then IP boxes have been introduced in Belgium, Cyprus, Liechtenstein, Malta, Portugal, Spain, the Swiss Canton of Nidwalden and the United Kingdom.

Design

35. Tax credit regimes are used by more countries than IP boxes and a single country may have several different credit regimes, e.g. for small and medium sized enterprises, large business and for different types of research. However, the revenue costs of IP boxes are very significant despite their comparatively small number. For example, costs of the patent income deduction regime in Belgium were approximately €206m in 2009 compared to €470m for R&D tax credits in 2010.²⁷ The UK estimates that by 2017 its patent box measure will cost £1.1bn (approximately €1.4bn) a year compared to £1.2bn (approximately €1.5bn) spent on R&D tax credits in 2011/12.²⁸ In France budget estimates for the cost of the reduced tax rate for long term capital gains and profits from the licensing of IP rights were €230m annually for 2012, 2013 and 2014 compared to €5.8bn for the R&D tax credit regime in 2013.²⁹
36. Existing IP box regimes differ from each other in fundamental respects (e.g. regarding the type of income which qualifies for relief and the beneficiary's relationship to the underlying R&D). However a list of the key features of IP regimes could include the tax rate, the nature of the qualifying IP, the treatment of acquired IP and the treatment of past and current expenses.³⁰ In the context of the Code Group's work the treatment of R&D activities that have been subcontracted out would also be relevant.

Effectiveness in encouraging R&D

37. In principle reducing the level of tax on income from IP should provide an incentive to produce more IP. A CEER study of the impact of R&D tax credits, corporate tax rates and the number of patents filed by European companies concluded that both a lower rate of corporate tax and R&D tax credits could foster R&D in a particular country.
38. The research was based on an analysis of patent applications made to the European Patent Office ('EPO') between 1998 and 2007. This indicated that the availability of R&D tax credits in a particular territory made investments in R&D more likely while a lower CT rate increased the number of patent applications from that territory which the researchers interpreted to suggest a larger volume of R&D.³¹
39. Other research has suggested that IP boxes may not be an efficient use of public funds as the benefits to the patent holder are not connected to the size of the original R&D

²⁷ PricewaterhouseCoopers, 'Is it time for the United States to consider the patent box', *Tax Notes International* (2 April 2012, p76); *Science, Technology and Industry Outlook 2010*, OECD (2010), p158.

²⁸ 'Is it time for the United States to consider the patent box', *Tax Notes International*, p76; *Research and Development Tax Credit Statistics*, HM Revenue and Customs (August 2013), table RD2, p17.

²⁹ République Française, *Annex au Projet de loi de Finances pour 2014: évaluation des voies et moyens*, vol. ii, *Dépenses fiscales* (2013), p256; Cour des Comptes, *Le Financement Public de la Recherche*, p31.

³⁰ Evers, Miller and Spengel, *Intellectual property box regimes*, table 1, p8.

³¹ Ernst and Spengel, *Taxation, R&D tax incentives and patent application in Europe*, p27; the researchers used patent application records between 1998 and 2007.

investment but only to the resulting income. They therefore tend to provide greater benefits for successful projects which are more likely to have occurred without public funding.

40. Research on the quality of patents based on the same EPO data concluded that low tax rates on royalty income activities raised the quality of the underlying R&D projects. The same did not hold true for R&D tax credits as their benefits are related to the size of its R&D expenditures not the instead of expected earnings.³² The suggestion that IP boxes are therefore unlikely to encourage more risky R&D projects which, even if unsuccessful in commercial terms may still give rise to valuable external benefits, is supported by other research.³³
41. Regarding the commercialisation of existing patents, although this may involve additional R&D activities it may equally involve management activities relating to , for example, manufacturing, commercial strategies and IP law. Therefore while IP boxes may encourage commercialisation activities these are not a good proxy for R&D. Such activities should also already be incentivised by the protection that IP law provides for the patent and the underlying investment in R&D.³⁴
42. Whilst concluding that IP boxes are in general poorly targeted at encouraging additional R&D, the research notes that design decisions taken by Member States will affect their relative performance in this area.³⁵

Impact on location of R&D activities

43. As noted above, business decisions concerning the location of R&D activities are not driven solely by tax. Tangible factors such as the availability of skilled researchers, market access, etc. are likely to outweigh fiscal considerations.
44. The CEER research mentioned in paragraph 37, linked patents to particular territories through the business address of the company applying for the patent. The behaviour of the company holding the patent was chosen for study on the basis that it initially bore the R&D costs, owned the resulting patent and would be taxed on the income it generated. Although the researchers recognised that the applicant company could contract out the R&D their data did not allow them to take account of this. They therefore had to assume that the company bearing the risk was also undertaking the R&D. Their conclusion that a lower CT rate increases patent applications and R&D in a particular country therefore does not take account of profit shifting arrangements such as cost contribution agreements.³⁶

³² Christof Ernst, Katharina Richter and Nadine Riedel, *Corporate Taxation and the quality of research and development*, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Discussion Paper 13-010 (March 2011), p17-18 (February 2013).

³³ Evers, Miller and Spengel, *Intellectual property box regimes*, p34; Griffith and Miller, 'Support for research and innovation', Institute for Fiscal Studies (2010), p240.

³⁴ Evers, Miller and Spengel, *Intellectual property box regimes*, p34.

³⁵ Evers, Miller and Spengel, *Intellectual property box regimes*, p33-35, 37; Griffith, Miller and O'Connell, *Corporate taxes and intellectual property*, p14; W. Wesley Hill and J. Sims Rhyne III, 'Opening Pandora's Patent Box: global intellectual property tax incentives and their implications for the United States', *Idea: the Intellectual Property Law Review*, vol. 53, no. 3 (2013), p371-408, p402-403.

³⁶ Ernst and Spengel, *Taxation, R&D tax incentives and patent application in Europe*, p11-14, 27.

45. In subsequent CEER research using the EPO data into the effect of tax rates on the quality of patents, the researchers excluded patent applications where the applying company was not in the same territory as the inventor. This was done on the basis that the geographical separation of the risk from the R&D activities might be tax-motivated.³⁷ However, the EPO data did not allow any analysis of whether the company bearing the risk undertook the research itself or, for example, contracted it out to a related party. Therefore the potential improvements in the quality of R&D the researchers attributed to lower rates of tax on royalties may not arise in the IP box territory. It may also reflect nothing other than the transfer of the most profitable patents to low tax regimes.
46. Earlier research by the Centre for Business Taxation ('CBT') in the UK, based on similar EPO data to the CEER study, noted that evidence from tax practitioners suggested that the geographical separation of R&D from the patent location was "easy to implement" and was more common than the relocation of activities. The practitioners noted firstly that tax authorities are not able to track links between particular R&D activities and patents, especially where more than one subsidiary is involved and secondly, that the patent location could be split from the R&D by assigning the project risk to another group company.³⁸
47. The CBT research reached the same broad conclusion as the CEER paper, i.e. that a low corporate tax rate exerts a positive impact on the number of patents held in a particular territory. However as the CBT report takes account of profit shifting strategies it characterises the movement of IP to lower tax regimes as a distortion. The difference between the papers is made clear by their attitude to the transfer pricing of IP. The CEER paper notes that the "the scope for shifting profits and costs with transfer pricing is rather limited" whereas the CBT refers to it as "often highly intransparent" and a major source of "opportunities" for multinational enterprises.³⁹
48. The significance of such research is that whilst low CT rates appear to influence the location of patents this cannot be taken as evidence about the location of R&D. As recent work by the OECD has made clear, although tax policy influences business decisions on investments in R&D and the holding of patents, estimates of the tax burden on R&D often overlook multinationals' tax planning behaviour. It should therefore be taken into account to ensure the accurate assessment of behavioural effects.⁴⁰ In the light of the current work on base erosion and profit shifting, it is clear that the CBT's approach is more realistic.⁴¹
49. As a result, to the extent that they provide tax benefits based on the location of a patent, IP boxes could encourage further separation of income from R&D activities and therefore work against the policy aim of encouraging R&D in a particular territory. The extent to which IP boxes do this will depend on their specific design features, e.g. the nature of any

³⁷ Ernst, Richter and Riedel, *Corporate Taxation and the quality of research and development*, p7.

³⁸ Tom Karkinsky and Nadine Riedel, *Corporate taxation and the choice of patent location within multinational firms*, Oxford University Centre for Business Taxation, Working Paper 09/31 (November 2009), p5.

³⁹ *Taxation, R&D tax incentives and patent application in Europe*, Ernst and Spengel, p11; Karkinsky and Riedel, *Corporate taxation and the choice of patent location within multinational firms*, p1, 20.

⁴⁰ *Supporting investment in knowledge capital*, OECD, p128 & 147.

⁴¹ *Action Plan on Base Erosion and Profit Shifting*, OECD (2013), p20 (action point 8).

requirements that profits in an IP box must come from self-developed patents and the treatment of subcontracted R&D activities.⁴²

Summary

50. The literature surveyed is positive about the effects of R&D tax credits although it is acknowledged that accurate measurement of the benefits is very difficult. They probably also have some influence over the location of R&D activities. However decisions regarding where to locate R&D are influenced by a complex set of factors which can outweigh purely fiscally considerations.
51. The picture regarding IP boxes effect on R&D is much less positive, although such regimes are newer and therefore the subject of less analysis. Researchers have questioned the effectiveness of IP boxes in encouraging R&D. The main concern appears to be that IP boxes may attract mobile income to a territory rather than substantial R&D activities. This is because the management and exploitation of IP is far more mobile in contrast to R&D and thus most sensitive to tax to the extent that the inputs (e.g. management costs) are similar in alternative locations.⁴³
52. The implication is that IP boxes may not be effective at encouraging R&D in a territory if they do not link the potential tax benefits to underlying R&D, as is generally the case with expenditure based incentives such as R&D tax credits which operate successfully within the European regulatory framework.

⁴² Evers, Miller and Spengel, *Intellectual property box regimes*, p35-37; Griffith, Miller and O'Connell, *Corporate taxes and intellectual property*, p13-16.

⁴³ *Supporting investment in knowledge capital*, OECD, p136.

Regelungen mit schädlichen Merkmalen¹

Anlage 3

EU: Gruppe „Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)“

D) Mitgliedstaaten

Österreich	AAM002b	Holdingsgesellschaften (Schachtelbegünstigung)
Österreich	EAM009	Steuerbefreiungen
Belgien	A001	Koordinierungszentren
Belgien	A002	Vertriebszentren
Belgien	A003	Dienstleistungszentren
Belgien	E001	Regelung für US-Vertriebsunternehmen
Belgien	E002	Verwaltungsentscheidung betreffend „immaterielles Kapital“
Dänemark	AAM021	Holdingsgesellschaften
Finnland	B008	Aland Inseln: Captive Versicherungsgesellschaften
Frankreich	A006	Verwaltungs- und Logistikzentren
Frankreich	A012	Lizenzgebühren - Patente
Frankreich	CAM058	Rückstellungen für die Erschließung von Lagerstätten fester mineralischer Stoffe
Frankreich	CAM059	Rückstellungen für die Erschließung von Kohlenwasserstofflagerstätten
Deutschland	AAM019	Kontroll- und Koordinierungszentren ausländischer Gesellschaften in Deutschland
Griechenland	B011	Geschäftsstellen ausländischer Gesellschaften gemäß Gesetz 89/67
Irland	B001	Internationales Finanzdienstleistungszentrum (Dublin)
Irland	C024	Steuersatz von 10% für das verarbeitende Gewerbe
Irland	C025	Besteuerung von Erdölgesellschaften
Irland	D017	Shannon Airport Zone
Irland	E007	Auslandseinkünfte
Italien	B002	Finanzdienstleistungs- und Versicherungszentrum Triest
Luxemburg	A007	Koordinierungszentren
Luxemburg	A013	Holdingsgesellschaften nach dem Gesetz von 1929
Luxemburg	B003	Luxemburgische Finanzgesellschaften
Luxemburg	B007	Schwankungsrückstellungen in Rückversicherungsgesellschaften
Luxemburg	Z002	Finanzniederlassungen
Niederlande	A008	„Cost Plus Ruling“
Niederlande	A009	„Resale Minus Ruling“
Niederlande	A010	Konzerninterne Finanzierungstätigkeit
Niederlande	A014	Holdingsgesellschaften
Niederlande	A015	Lizenzgebühren
Niederlande	B004	Internationale Finanzaktivitäten
Niederlande	B005	Niederlassungen von Finanzunternehmen
Niederlande	E003	Regelung für US-Vertriebsunternehmen
Niederlande	E004	Verbindliche Zusage betreffend die Behandlung von informellem Kapital
Niederlande	Z003	Vom Standard abweichende Rulings
Portugal	B006	Madeira und Sta Maria (Azoren) – Freizonen
Spanien	A004	Koordinierungszentren Baskenland
Spanien	A005	Koordinierungszentren Navarra

¹ Quelle: Bericht der Gruppe „Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)“ vom 23. November 1999

Spanien	CAM025	Erkundung und Ausbeutung von Kohlenwasserstoffvorkommen
---------	--------	---

II) Europäische Hoheitsgebiete im Sinne von Artikel 299 Abs. 4 EGV, deren auswärtige Beziehungen ein Mitgliedstaat wahrnimmt

UK: Gibraltar	A017	Gibraltar: Unternehmen nach dem Gesetz von 1992
UK: Gibraltar	B012	Steuerbefreite (Offshore-)Gesellschaften („exempt companies“) und captive Versicherungsgesellschaften
UK: Gibraltar	B013	„Anerkannte“ (Offshore-)Gesellschaften und captive Versicherungsgesellschaften

III) Abhängige oder assoziierte Gebiete

Aruba	F027	Offshore-Unternehmen
Aruba	F028	Steuerbefreite Unternehmen (AVVs)
Aruba	F030	Freizonen
Aruba	F032	Captive Versicherungsgesellschaften
Britische Jungferninseln	F056	Internationale Wirtschaftsgesellschaften (International Business Companies)
Guernsey (einschl. Alderney)	F037	Steuerbefreite Unternehmen
Guernsey (einschl. Alderney)	F038	Internationales Kreditgeschäft
Guernsey (einschl. Alderney)	F040	Internationale Einrichtungen
Guernsey (einschl. Alderney)	F042	Offshore-Versicherungsgesellschaften
Guernsey (einschl. Alderney)	F043	Versicherungsgesellschaften
Isle of Man	F061	Internationale Wirtschaftsgesellschaften (International Business Companies)
Isle of Man	F062	Steuerbefreiung für Unternehmen im Besitz von Nichtansässigen
Isle of Man	F063	Steuerbefreite Versicherungsunternehmen
Isle of Man	F065	Internationales Kreditgeschäft
Isle of Man	F066	Offshore-Banktätigkeit
Isle of Man	F067	Fonds-Verwaltung
Jersey	F045	Steuerbefreite Unternehmen
Jersey	F046	Internationale Finanzgesellschaften
Jersey	F047	Internationale Wirtschaftsgesellschaften
Jersey	F048	Captive Versicherungsgesellschaften
Niederländische Antillen	F020	Offshore-Unternehmen
Niederländische Antillen	F023	Captive Versicherungsgesellschaften
Niederländische Antillen	F024	Freizonen

